LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN **Drucksache 8/5068**
8. Wahlperiode **25.06.2025**

ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und DIE LINKE - Drucksache 8/5014 -

Rechtsstaat und Demokratie schützen – Politisch motivierte Kriminalität und Rechtsextremismus bekämpfen – Zivilgesellschaft den Rücken stärken

Der Landtag möge beschließen:

Ziffer II wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 1 wird nach Satz 2 der folgende Satz eingefügt:

   „In gleicher Weise ist hinsichtlich der Beurteilung der Zuverlässigkeit nach dem Waffengesetz und eines Sicherheitsrisikos nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz zu verfahren."

2. Nummer 2 wird durch die folgende Nummer 2 ersetzt:

   „2. sich auf der Grundlage der Einstufung der AfD als ‚gesichert rechtsextremistisch' durch das Bundesamt für Verfassungsschutz auf Bundesebene für die zügige Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens gegen die AfD einzusetzen. Die Landesregierung möge zum einen dazu in Gespräche mit der Bundesregierung eintreten und dabei auf ein solches Verbotsverfahren hinwirken. Zum anderen möge die Landesregierung – in Absprache mit anderen Bundesländern – parallel dazu eine Bundesratsinitiative initiieren, um über eine Mehrheit in der Länderkammer ein Verbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht zu beantragen."

Constanze Oehlrich und Fraktion